

DER RUBEL ROLLT IMMER NOCH

Von Paul Katzenberger

Während Russen an der Front in der Ukraine sterben, haben ihre zu Hause gebliebenen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Widrigkeiten profaner Art zu kämpfen. Heimische Küchen etwa, die man modernisieren und reparieren wollte, sind zu Dauerbaustellen geworden, weil sich westliche Anbieter wegen der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine aus Russland zurückgezogen haben und Baustoffe oder Apparaturen deswegen nicht mehr erhältlich sind.

Doch das Immobilienportal Pro-novostroy.ru weiß Rat: „Wir haben eine kleine Liste von Anbietern zusammengestellt“, schreibt es, „deren Produkte auf unserem Markt weiter zu bekommen sind, und Ihnen die Fertigstellung der Renovierung ermöglichen.“ Neben den Küchenausstattungen Smeg aus Italien und Küchenland aus Österreich findet sich auch der deutsche Baustoffanbieter Knauf auf dieser Liste. Für ihn hat es sich offensichtlich besonders gelohnt, die Lücke auszufüllen, die westliche Wettbewerber mit ihrem Rückzug aus Russland hinterlassen haben. Denn er zählt dort zu jenen 100 Unternehmen aus „unfreundlichen Staaten“ mit den höchsten Nettogewinnen für 2022.

Das ist das Ergebnis eines Rankings des unabhängigen Exilnachrichtenportals „Nowaja Gasjeta“ nach Auswertung der Bilanzmitteilungen von Unternehmen, die in Russland aktiv und vollständig oder teilweise in westlichem Besitz sind. Wie sich der Aufstand der Privatarmee Gruppe Wagner am Samstag vor einer Woche auf die russische Wirtschaft auswirken wird, ist derzeit noch unklar.

Gewinn gegen den Trend

68 Unternehmen dieser Top-100-Gruppe hätten ihren Nettogewinn im Kriegsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr steigern können, schreibt die „Nowaja Gasjeta“. Insgesamt kämen die 100 Unternehmen auf einen Nettogewinn von 1,1 Billionen Rubel (11,3 Milliarden Euro), was eine Steigerung von 54 Prozent gegenüber 2021 darstellt.

Das ist bemerkenswert. Denn im selben Zeitraum ist das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach einer Schätzung der Europäischen Union um 2,1 Prozent geschrumpft. Es zahlt sich also aus, den Platz von verschwundenen Wettbewerbern einzunehmen. Doch das hat seinen Preis. Westliche Unternehmen wie Henkel, SAP und Renault zögerten zunächst, den lukrativen Markt zu verlassen, doch schließlich waren die Befürchtungen, das Image zu beschädigen, so groß, dass die drei Anbieter das Feld doch räumten.

Die verbliebenen Unternehmen scheinen moralische Kosten einzukalkulieren, und dieses nehmen nun noch weiter zu. Denn Betriebe, die auf hohe Gewinne kommen, müssen wegen des gestiegenen Militärbudgets eine „außerordentliche Steuer“ abführen. Diese „Notsteuer“ ist noch nicht gesetzlich verabschiedet, doch grundsätzlich vom stellvertretenden Finanzminister Alexej Sazanow öffentlich kommuniziert worden.

Die einmalige Gebühr soll bei Firmen erhoben werden, die im Geschäftsjahr 2022 auf einen höheren Gewinn vor Steuern als 2021 kamen, wenn dieser mehr als eine Mrd. Rubel (10,3 Millionen Euro) betrug. Ausgenommen sind Unternehmen der Öl-, Gas- und Kohlebranche, sowie kleinere und mittelständische Betriebe. Nach Berechnungen der „Nowaja Gasjeta“ unterliegt ein Betrag von insgesamt 700 Mrd. Rubel (7,2 Mrd. Euro) der neuen Steuer. Das russische Finanzministerium plant, auf diese Weise 300 Mrd. Rubel (3,1 Mrd. Euro) zusätzlich einzunehmen.

Westgeld für das Gemetzelt

Westliche Unternehmen, deren Russland-Engagement besonders profitabel ist, finanzieren das Gemetzelt in der Ukraine also noch mehr mit, als es ohnehin schon der Fall ist: Nach Angaben der „Nowaja Gasjeta“ fallen für westliche Unternehmen in Russland allein für 2022 Einkommenssteuern in Höhe von 288 Mrd. Rubel (3 Mrd. Euro) an,



Der französische Mineralölkonzern Total hält unter anderem noch 20 Prozent am Joint-Venture Yamal LNG auf der gasreichen Halbinsel Jamal. Diese Flüssiggastanks im Hafen Sabetta gehören zum Projekt. FOTO: IMAGO/VLADIMIR SMIRNOV/TASS

Viele Unternehmen aus „feindseligen Staaten“, die in Russland geblieben sind, konnten ihre Gewinne im Jahr 2022 deutlich steigern. Sie profitieren von den Lücken, die ihre abgewanderte westliche Konkurrenz hinterlassen hat.

was in etwa einem Prozent des Steueraufkommens auf Bundesebene entspricht.

Von den westlichen Firmen werden besonders Unternehmen aus den USA und Großbritannien – von Russland als „unfreundliche Staaten“ Nummer eins und zwei eingestuft – mit 40 beziehungsweise 65,4 Mrd. Rubel (413/675 Mio. Euro) neben Frankreich (55 Mrd. Rubel, 568 Mio. Euro) die höchsten Einkommenssteuern abführen. Die 21 deutschen Unternehmen in der Top-100-Gruppe – unter ihnen neben Knauf die Metro AG und der Schmelzkäsehersteller Hochland – müssen insgesamt 23,3 Mrd. Rubel (240 Mio. Euro) an das russische Finanzamt überweisen. Die höchsten Gewinne verzeichnen westliche Unternehmen bei im Energie- und Bankensektor sowie Hersteller von Tabakwaren und Lebensmitteln.

Am meisten verdiente der französische Mineralölkonzern Total, der seinen Nettogewinn 2022 im Vergleich zu 2021 auf 269 Mrd. Ru-

bel (2,78 Mrd. Euro) verdoppelte. Total verkaufte nach dem Beginn des Blutvergießens in der Ukraine zwar seinen Anteil an dem sibirischen Gas- und Ölförderer Termeftegaz und ließ Verträge zum Ankauf von Öl auslaufen, verließ Russland aber nicht vollständig: Die Franzosen halten noch 19,4 Prozent am Flüssiggashersteller Novatek sowie Anteile an gemeinsamen Projekten: 20 Prozent an Yamal LNG und 10 Prozent an Arctic LNG 2.

Der französische Energieriese rechtfertigt seine Vorgehensweise mit der Gesetzeslage, die es nicht erlaube, nicht russische Käufer zu finden: „Ein Verzicht auf diese Anteile würde russische Investoren bereichern, was dem Zweck der Sanktionen zuwiderläuft“, heißt es in einer Erklärung aus dem März 2022. Das kann man tatsächlich so sehen: Die russischen Ketten Wkusno i Totschka und Stars Coffee etwa, die die Filialen von McDonald's und Starbucks übernommen haben, können sich über fehlenden Kundenan-

drang nicht beklagen. Total-Chef Patrick Pouyanné erklärte im französischen Fernsehen darüber hinaus, dass der Konzern mit seinen Russland-Aktivitäten die Energieversorgung Europas sicherstelle: „Wir alle brauchen dieses Gas“, sagte er. 70 Prozent der Fördermenge aus Totals LNG-Anlagen in Russland gingen in die EU. „Wir verstoßen damit nicht gegen Sanktionen“, betonte der Topmanager. „Denn russisches Gas wurde bislang nicht sanktioniert, weil Europa darauf angewiesen ist.“

Tatsächlich sind die LNG-Lieferungen aus Russland in die EU nach einer Untersuchung der russischen Akademie der Wissenschaften 2022 um gut 30 Prozent gestiegen. So konnte die Halbierung der Exporte von billigerem Pipelinegas aus Russland nach Europa, die Gazprom-Chef Alexej Miller zu Beginn des Jahres konstatierte, zumindest etwas aufgefangen werden.

Großverdiener Raiffeisenbank

Ein weiterer westlicher Großverdiener in Russland ist die österreichische Raiffeisenbank. Nach den Berechnungen der „Nowaja Gasjeta“ steigerte deren Russland-Tochter ihren Nettogewinn 2022 gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Dreifache auf 141 Mrd. Rubel (1,46 Mrd. Euro). Nach offiziellen Zahlen der Raiffeisenbank lag das Betriebsergebnis in Russland 2022 bei 3,15 Mrd. Euro und damit um 352,2 Prozent über dem Betriebsergebnis von 2021 (696 Mio. Euro).

Auf Anfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) nannte die Raiffeisenbank mehrere Gründe für den starken Gewinnanstieg: die zwischenzeitliche Aufwertung des Rubels, die vorüberge-

hend stark gestiegenen Leitzinsen in Russland, die zu höheren Zinserträgen bei der Vergabe von mit Wertpapieren abgesicherten Krediten (Repo-Geschäft) geführt hätten und den „höheren Volumina im Fremdwährungsgeschäft“.

Bei Letzteren profitierte die Raiffeisenbank davon, dass sie im Zuge der EU-Sanktionen anders als ihre russischen Wettbewerber nicht aus dem Swift-System geschmissen worden ist. Menschen und Firmen mit westlichen Konten, die in Russland arbeiten, operieren und leben, konnten über das österreichische Institut wieder an die Rubel kommen, die sie für die Geschäfts- und Lebensführung brauchen.

Denn an russischen Geldautomaten herrscht seit kurz nach dem 24. Februar 2022 Ebbe für westliche Kontoinhaber, deren Kreditkarten nach dem Rückzug von Visa und Mastercard nicht mehr angenommen werden. Auch westliche Geldtransferdienstleister wie Western Union haben das Land verlassen. Natürlich lässt sich die Raiffeisenbank dieses Alleinstellungsmerkmal über den für sie sehr günstigen Devisenkurs bezahlen, den sie Euro-Verkäufern abverlangt.

Doch dieses Gebaren bringt die Raiffeisenbank im Westen in Erklärungsnot. Wie die Nachrichtenagentur Reuters im März meldete, habe die Europäische Zentralbank nach Forderungen der USA die zweitgrößte Geschäftsbank Österreichs aufgefordert, einen Plan zur Abwicklung der russischen Unternehmenstochter vorzulegen.

Die österreichische Regierung wehrt sich gegen solche Forderungen: „Laut einer Studie der Universität Sankt Gallen haben sich erst weniger als 10 Prozent der internationalen Unternehmen vom russischen Markt zurückgezogen“, sagte Außenminister Alexander Schallenberg Anfang März der Tageszeitung „Der Standard“. Er trifft damit wohl tatsächlich einen wunden Punkt: Wie die Kiev School of Economics ermittelte, haben erst 7 Prozent der westlichen Unternehmen Russland vollständig verlassen. Weitere 10 Prozent, zu ihnen zählen etwa Renault oder McDonald's, ha-

ben ihre Tätigkeit eingestellt, lassen sich aber die Möglichkeit offen, sie wieder aufzunehmen. 41 Prozent sind wie bisher präsent, ein Drittel der Unternehmen habe einen Teil ihrer Aktivitäten reduziert oder neue Investitionen ausgesetzt.

Das Prinzip „Moralwashing“

„Man tut immer so, als sei nur eine Bank oder ein österreichisches Unternehmen dort geblieben“, beklagte sich Schallenberg daher. „Meines Wissens wird die Raiffeisenbank International von vielen westlichen Staaten und Unternehmen zur Abwicklung der verbliebenen Geschäftstätigkeit verwendet. Wenn 90 Prozent aller westlichen Unternehmen weiterhin vor Ort sind, nur eines herauszugreifen und mit dem Finger auf es zu zeigen, um ein Exempel zu statuieren, halte ich für nicht zielführend.“ Trotz dieser politischen Unterstützung kündigte die Raiffeisenbank Ende März an, dass sie gewillt sei, sich von ihren Russland-Aktivitäten zu trennen.

Andere wie etwa der US-Lebensmittelkonzern Pepsico (Nettogewinn 2022: 45 Mrd. Rubel, 464 Mio. Euro), haben sehr viel Übung darin entwickelt, so zu tun, als ob sie Russland den Rücken kehren, während sie weiterhin auf dem Markt bleiben. So stellte Pepsico zwar die Produktion seiner weltweit bekannten Softdrinks Pepsi, Mirinda und 7 Up in Russland ein, doch bietet es dafür seine weniger gängigen Brausemarken Everest und Fruistyle an. Das Unternehmen betont außerdem, dass es Grundnahrungsmittel wie Milchprodukte in Russland ganz bewusst weiterhin anbiete – aus „humanitären Gründen“.

Der Londoner Unternehmensberater Mark Dixon, der aus Anlass des russischen Überfalls auf die Ukraine die Moral Rating Agency gegründet hat, spricht bei solchen Aussagen von „Moralwashing“: „Sie haben nicht dazugesagt, dass sie immer noch zwei Werke in Russland haben, die Kartoffelchips produzieren“, sagte er der „Washington Post“. „Wenn Chips unverzichtbar sind, welches Lebensmittel ist es dann nicht?“

Es ist „schwierig“ zu gehen

Doch auch Dixon räumt ein, dass es „sehr schwierig“ sei, Russland zu verlassen, insbesondere für Unternehmen mit Fabriken. „Man kann nicht einfach abhauen oder die Ziegel abtragen. Man muss einen willigen Käufer finden.“

Und Letzteres wird von der russischen Regierung kontinuierlich und systematisch unattraktiver gemacht. Unternehmen aus „unfreundlichen Staaten“, die ihr russisches Geschäft verkaufen wollen, brauchen die Genehmigung der Regierungskommission für ausländische Investitionen. Und diese wird nur noch erteilt, wenn der Verkäufer massive Wertverluste in Kauf nimmt: Wird das Unternehmen mit einem Abschlag von weniger als 90 Prozent des geschätzten Wertes verkauft, muss der Verkäufer einen „freiwilligen Beitrag“ in Höhe von 5 Prozent des Schätzwerts an die Staatskasse leisten. Liegt der Abschlag bei 90 Prozent oder mehr, wird die Spende an den Staat mit 10 Prozent berechnet.

„Tritt der zweite Fall ein, verlässt das Unternehmen das Land mit leeren Händen“, verdeutlicht Walerij Zintschenko von der Anwaltskanzlei Pen & Paper. Und selbst wenn ein Unternehmen bereit ist, einen solchen Horrorverlust hinzunehmen, werden ihm weitere Steine in den Weg gelegt. Denn es ist völlig offen, wann die Regierungskommission die Genehmigung erteilt: „Mindestens 3000 Unternehmen haben sich bei der Kommission beworben, ohne dass es eindeutige Bearbeitungsfristen gibt“, warnt Zintschenko: „Bei einem solch undurchsichtigen Verfahren sehen sich ausländische Unternehmen bei der Erteilung von Genehmigungen mit vielen Ablehnungen und Verzögerungen konfrontiert.“

Die „Financial Times“ zitierte im März eine Quelle folgendermaßen: „Die Kommission tritt dreimal im Monat zusammen und prüft höchstens sieben Anträge pro Sitzung – Sie können sich also ausrechnen, wann Sie drankommen.“ Vielleicht entscheidet sich die Raiffeisenbank vor diesem Hintergrund dafür, doch lieber weiterhin stolze Gewinne in Russland einzustreichen.



Eine Filiale der österreichischen Raiffeisenbank in St. Petersburg – der Unternehmensgewinn stieg in Russland im Jahr 2022 an. FOTO: IMAGO/KONSTANTINOV